

Allgemeine Baubeschreibung

nach HVA-B-StB

LV: 3.3.3.b – Neubau DFI

Barrierefreier Ausbau Straßenbahnhaltestelle
Stresemannallee / Mörfelder Landstraße

Auftraggeber: **Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)**
Fachabteilung NT 32.4
Kurt-Schumacher-Straße 8
60311 Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis:

1. Allgemeine Beschreibung der Leistung	4
1.1 Ausgangssituation auszuführende Leistungen	4
1.2 Ausgeführte Vorarbeiten	5
1.3 Ausgeführte Leistungen	5
1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten	5
1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote	5
2. Angaben zur Baustelle	6
2.1 Lage der Baustelle	6
2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege	7
2.3 Zugänge, Zufahrten	7
2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen.....	7
2.5 Lager- und Arbeitsplätze	7
2.6 Gewässer	7
2.7 Baugrundverhältnisse	7
2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstelle	7
2.9 Schutz-Bereiche und –Objekte	7
2.9.1 Lärmschutz, Erschütterungsschutz, Umweltverträglichkeit.....	7
2.9.2 Baumschutz	8
2.10 Anlagen im Baubereich.....	8
2.10.1 Im Baubereich vorhandene Anlagen.....	8
2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich	8
3. Angaben zur Ausführung.....	9
3.1 Sicherung der Baustelle, des Baubereiches.....	9
3.2 Bauablauf	9
3.3 Wasserhaltung	10
3.4 Baubehelfe	10
3.5 Stoffe, Bauteile.....	10
3.6 Abfälle	10
3.7 Winterbau.....	11
3.8 Beweissicherung	11
3.9 Sicherungsmaßnahmen	11
3.10 Prüfungen und Nachweise.....	11

3.11 Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes.....	11
4. Ausführungsunterlagen	13
4.1 Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen.....	13
4.2 Vom AN zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen.....	13
4.3 Rangfolge.....	13
5 Zusätzliche allgemein technische Vertragsbedingungen	14
5.1 Auflistung der anzuwendenden „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen“.....	14
5.2 Sonstige anzuwendende technische Regelwerke	14
6 Abrechnung und Rechnungsstellung.....	15
7 Anlagen	16

1. Allgemeine Beschreibung der Leistung

1.1 Ausgangssituation auszuführende Leistungen

Die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) und die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigen die Straßenerneuerung mit barrierefreiem Ausbau im Bereich der Straßenbahnhaltestelle Stresemannallee/ Mörfelder Landstraße, um mobilitätsbehinderten Menschen die eigenständige Nutzung der Haltestelle im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes BGG § 8 zu ermöglichen.

Die Haltestellen Stresemannallee/ Mörfelder Landstraße befindet sich im Stadtteil Sachsenhausen in Frankfurt am Main in der Stresemannallee südlich der Kreuzung mit der Mörfelder Landstraße. Die Gleise liegen in einem besonderen Bahnkörper in Mittellage der Straße. Die Gleistrasse verläuft in Nord-Süd-Richtung. Die Bahnsteige liegen östlich und westlich der Gleise. Die Haltestelle dient der Erschließung des umliegenden Wohn- und Geschäftsgebietes und wird durch die Straßenbahnlinien 17 und 18 bedient.

Es werden neue Fahrgastinformationsanzeigen mit Bedarfsansagen für Blinde (dynamische Fahrgastinformation/DFI) nachgerüstet.

Die Leistung besteht aus Liefer- und Konfigurationsleistungen, Montagearbeiten sowie Verlegearbeiten von Kabeln. Der genaue Leistungsumfang ist dem LV sowie den ergänzenden Unterlagen zu entnehmen.

- 2x DFI-Anzeiger inkl. Haltestellenrechner- und DAG-Integration
- 2x DFI- Mast inkl. Montage
- 2x Bedarfsansage über Fahrgastinfotraverse
- Fernmeldekabel inkl. Verlegung laut LV
- Sipo stellen

Die vorliegende nachrichtentechnische Planung basiert auf den zum Zeitpunkt der Erstellung vorliegenden Planungsunterlagen und vorhandenen Vorgaben. Die Haltestelle wird mit einem dynamischen Fahrgastinformationsanzeiger (DFI-Anzeiger) pro Bahnsteig für die optische Fahrgastinformation und einer DAG-Bedarfsansage für die akustische Fahrgastinformation ausgestattet. Dies entspricht den Vorgaben des Aufgabenträgers des städtischen Nahverkehrs. Die Haltestellenverkabelung der optischen Fahrgastinformation (DFI-Anzeiger mit integrierter Technik) und der Fahrgastinfotraverse für die Bedarfsansage, erfolgt zwischen dem DFI-Anzeiger und der Traverse über die Haltestellentrassierung. Die Ansteuerung der dynamischen Fahrgastinformation erfolgt über das rechnergesteuerte Betriebsleitsystem ITCS. Die Übertragung der Daten für die dynamische Fahrgastinformation wird größtenteils über LWL und den Anschluss an das Prozessnetzwerk der VGF realisiert.

Die Leistungen für Bauphase 2 (Bahnsteig stadtauswärts) sind bis zum 20.06.2025, die Leistungen für Bauphase 3 (Bahnsteig stadteinwärts) sind bis zum 29.08.2025 abzuschließen.

Weitere Leistungen:

- Pflichtenheft / Dokumentation/ Inbetriebnahme/ Projektierung
- **Teststellung**

Die Erteilung des Auftrags für die in diesem Leistungsverzeichnis beschriebenen Lieferungen und Leistungen steht unter der Bedingung, dass der Auftragnehmer zuvor den Nachweis erbringt, dass die

von ihm zu liefernde Technik in jeder Hinsicht an die beim Auftraggeber vorhandene Systemtechnik angebunden werden kann und ihre anschließende störungsfreie Funktion gewährleistet ist.

Dieser Nachweis ist vom Bieter durch den erfolgreichen Abschluss einer verifizierten Teststellung beim Auftraggeber zu erbringen. Die Teststellung ist erfolgreich abgeschlossen, wenn die vom Bieter angebotenen und vom Auftraggeber zum Test ausgewählten Leistungskomponenten in eine bestehende Anlage des Auftraggebers eingebaut und ohne Komplikationen funktionstüchtig an die jeweilige Systemtechnik angebunden werden können.

Nähere Informationen zum Datum und Ablauf der Teststellung sowie zu den ausgewählten Leistungskomponenten werden dem Bieter gesondert bekannt gegeben. Die Kosten des Bieters zur Teilnahme an der Teststellung werden vom Auftraggeber nicht übernommen. Durch die Abgabe eines Gebotes erklärt sich jeder Bieter vorab mit diesen Bedingungen einverstanden und sofern er das beste Angebot abgegeben hat, bereit zur Absolvierung an einer möglichen Teststellung. Sofern der Bieter bereits früher eine Teststellung mit den für dieses Angebot maßgeblichen Leistungskomponenten erfolgreich absolviert hat, kann der Auftraggeber auf eine erneute Teststellung verzichten.

Lieferung der Leistungen an die entsprechende Haltestelle oder an das Lager 30 der VGF. Abstimmung der Lieferung in der Pflichtenheftphase zwischen AN und AG.

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

Entfällt

1.3 Ausgeführte Leistungen

Unmittelbar vor der Baumaßnahme wird auf dem Baufeld als Voraussetzung für die Arbeiten der AN folgende Arbeiten veranlasst:

- Aufbau bzw. Vorbereitung des vorläufigen Bahnsteiges inkl. Gleisquerung.

1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten

Im Zuge der Baumaßnahme werden die VGF, weitere beauftragte Firmen der VGF, die Stadt Frankfurt, sowie ggf. Versorgungsunternehmen (bspw. NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, SRM) parallel Arbeiten durchführen, diese sind in der vom AN zu erstellenden Bauphasenplanung zu integrieren. Seitens der VGF sind Arbeiten der folgenden Abteilungen geplant:

- Fahrweg / NT 31.2
- Zentrale Leittechnik / NT 32.1
- Leit- und Sicherungstechnik / NT 32.2
- Prozessnetzwerk- u. Kommunikationstechnik / NT 32.3
- Fahrgastinformation- und Funktechnik / NT 32.4
- Fahrstrom / NT34.1
- Fahrleitung / NT34.2
- Licht und Kraft / NT 34.3

1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2. Angaben zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

Die Baustelle liegt, wie einleitend beschrieben, an der Straßenbahnhaltestelle Stresemannallee/ Mörfelder Landstraße Stadtteil Sachsenhausen der Stadt Frankfurt am Main. Die Gleistrasse liegt in Mittellage der Stresemannallee in einem besonderen Bahnkörper mit Schotteroberbau, südlich der Kreuzung Stresemannallee/ Mörfelder Landstraße, vgl. nachfolgende Abbildung. Das Baufeld umfasst die gesamte Breite des Straßenraumes.



Abbildung 1: Lage der Haltestelle Stresemannallee/ Mörfelder Landstraße

Art und Lage der baulichen Anlagen

Die derzeit in Betrieb befindliche Haltestelle Stresemannallee/ Mörfelder Landstraße besteht aus zwei Außenbahnsteigen, die östlich und westlich an einer in Mittellage der Straße verlaufenden Gleistrasse liegen. Die Gleistrasse verläuft zweigleisig im besonderen Bahnkörper und ist mit Schotteroberbau ausgeführt. Östlich und westlich der Bahnsteiganlage befinden sich die MIV-Richtungsfahrbahnen aus Asphaltbefestigung. Im Seitenraum befinden sich gepflasterte Gehwegbereiche, sowie östlich der Straße eine Grünfläche mit Baumpflanzungen.

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Im Baufeld befinden sich öffentliche Straßen des MIV, eine Straßenbahntrasse, Rad- und Gehwege sowie Pkw-Parkflächen. Alle benutzten Wege und Straßen innerhalb und außerhalb des Baustellenbereiches sind während der gesamten Bauzeit ständig frei und in einwandfreiem, verkehrssicherem Zustand zu halten. Alle Straßen und Fußwege sind stets sauber und in gereinigtem Zustand zu halten. Dabei sind für das Überfahren von fertigen Flächen, wie Bürgersteigplatten, Kantensteinen und dergleichen Schutzvorkehrungen zu treffen.

2.3 Zugänge, Zufahrten

Die Zufahrt zur Baustelle erfolgt aufgrund der geltenden Einbahnstraßenregelung von Norden oder Süden der Stresemannallee. Dies wechselt mit den unterschiedlichen Bauphasen. Baustellenverkehr, der sich außerhalb angemieteter und abgesperrter Flächen bewegt, hat sich an die geltenden Bestimmungen (StVO) zu halten und darf nicht entgegen der Fahrtrichtung verkehren.

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Die Beschaffung von Wasser und Strom sowie die Entsorgung von Abwasser ist Angelegenheit des AN. Anfallende Kosten hat der AN zu tragen. Diese sind in die Einheitspreise mit einzukalkulieren. Durch den AG werden kein Bauwasser, kein Baustrom und keine Entsorgungseinrichtungen zur Verfügung gestellt.

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Lagerflächen größeren Ausmaßes sind nicht notwendig.

2.6 Gewässer

Entfällt

2.7 Baugrundverhältnisse

Entfällt

2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstelle

Es werden durch den AG keine Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen bereitgestellt. Alle Aufwendungen, die dem AN durch Seitenentnahmen und Ablagerungen entstehen sind einzurechnen (Beschaffung, Vor- und Unterhaltung, den Betrieb und den Abbau bzw. Beseitigung).

2.9 Schutz-Bereiche und –Objekte

2.9.1 Lärmschutz, Erschütterungsschutz, Umweltverträglichkeit

Es ist sicherzustellen, dass bebaute und unbebaute Grundstücke nicht durch Staub, Erschütterungen, Lärm usw. derart beeinträchtigt werden, dass dadurch Ausgleichsansprüche im Sinne § 906 Abs. 2 BGB begründet werden.

Insbesondere sind zur Vermeidung von Staubbeeinträchtigungen geeignete Vorkehrungen zu treffen, die im Zweifelsfall mit dem AG abzustimmen sind. Der AN ist verpflichtet, den AG ohne Rücksicht auf Verschulden von allen Ansprüchen Dritter (Ausgleichsansprüche) freizustellen.

Alle vermeidbaren Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme, z.B. übermäßige Staubentwicklung sind zu unterlassen.

2.9.2 Baumschutz

Entfällt

2.10 Anlagen im Baubereich

2.10.1 Im Baubereich vorhandene Anlagen

Im Bereich der Baustelle befinden sich die Gleise der oberirdischen Straßenbahn.

2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Während der gesamten Baumaßnahme wird der Fahrbetrieb aufrechterhalten. Durch das Erstellen eines temporären Bahnsteigs und die Einteilung der Baumaßnahme in mehrere Bauphasen, kann der Fahrgastwechsel im Haltestellenbereich eingeschränkt weiter durchgeführt werden. Ein reibungsloser Fahrgastwechsel während der Bauzeit ist vorrangig zu gewähren. Wann welcher Bahnsteigabschnitt als Haltebereich Verwendung findet, kann den Bauphasenplänen entnommen werden. Alle Arbeiten werden unter Straßenbahnverkehr durchgeführt. Vom AN ist sämtlicher erforderlicher Mehraufwand sowie die hieraus resultierenden Erschwernisse in die Teilleistungen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet. Fußgänger und Lieferverkehr sind durchgängig zu ermöglichen.

2.12 Art und Umfang der Regelung und Sicherung des öffentlichen Verkehrs

Die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) und der Verwaltungsvorschrift zur StVO sowie die ZTV-SA 97 und die Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21) sind zu beachten.

Das Lagern von Geräten, Material und dergl. in den Seitenräumen neben den unter Verkehr liegenden Strecken ist nicht gestattet.

3. Angaben zur Ausführung

Angaben

3.1 Sicherung der Baustelle, des Baubereiches

Im Verantwortungsbereich des AN verbleibt die baustelleninterne Absicherung. Der AN ist verpflichtet, seine Baumaßnahme täglich zu kontrollieren und eventuelle Unfallgefahren sofort zu beseitigen. In dem Umfang der Sicherungsmaßnahmen durch den AN ist das Absichern und ggf. Herstellen von für Fußgänger bzw. Radfahrer zu jeder Zeit durchgängig benutzbaren befestigten Gehwegen (vorh. Befestigung oder prov. Befestigung, aber keine Schotterbefestigung) enthalten. Alle Hauszugänge, -zufahrten und Feuerwehruzufahrten müssen jederzeit zugänglich sein. Der Zugang und die Belieferungsmöglichkeit und Entsorgung der angrenzenden Gebäude müssen zu den Geschäfts- und üblichen Lieferzeiten durch den AN sichergestellt werden. Die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen ist gem. RSA einzuhalten. Darüber hinaus ist den straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen Folge zu leisten. Für die Einrichtung, Umstellung, Anpassung an den Baufortschritt und den Abbau der einzelnen Sicherungseinrichtungen bedarf es einer flexiblen und kooperativen Zusammenarbeit zwischen AN, Verkehrssicherer und der Straßenverkehrsbehörde.

Gemäß der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen vom 10. Juni 1998 (BaustellV) ist der Bauherr u.a. verpflichtet, einen Koordinator zu bestellen. Hierzu wird die VGF einen SiGe-Koordinator bestellen. Pflichten des Auftragnehmers Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinem auf der Baustelle eingesetzten Personal, vor Arbeitsaufnahme den Inhalt der Baustellenordnung und die Anordnungen des SiGe-Koordinators im Rahmen einer Ersteinweisung bekannt zu geben und zu dokumentieren. Er hat dafür zu sorgen, dass nachfolgend aufgeführte Unterlagen dem SiGe-Koordinator überreicht werden:

Verantwortliche Person:

-> Beauftragte Person

-> Unterweisungsnachweis.

Bei Gefahr im Verzug ist der SiGe-Koordinator gegen alle am Bau beteiligte Personen weisungsbefugt. Die Stellung des SiGe-Koordinators entbindet den AN nicht von seinen Pflichten als Unternehmer. Hierzu zählen insbesondere die Pflichten, die sich aus dem Arbeitsschutzgesetz ableiten (insbesondere Nachweis von Ersthelfern auf der Baustelle).

3.2 Bauablauf

Die Ausführung der Arbeiten ist in insgesamt fünf Bauabschnitte (mit teilweise Unterbauabschnitte) unterteilt, wobei die Herstellung der DFI und der Bedarfsansagen auf den betroffenen Bahnsteigbereichen in den **Bauabschnitten zwei und drei** abgearbeitet werden. Die Reihenfolge der Bauabschnitte erfolgt gem. den Vorgaben des AG. Eine Abweichung der Bauabschnitte und deren Dauer ist nicht möglich. Im Folgenden werden die Abläufe der einzelnen Bauabschnitte erläutert. Hierbei werden lediglich die wesentlichen Leistungen aufgeführt.

Bauphase 1:

(Bauarbeiten an öffentlichen Flächen / Straßenabschnitt Stresemannallee stadtauswärts).

Bauphase 2:

Herstellung des barrierefreien Bahnsteigs **stadtauswärts** mit neuer Fahrgastinformationsanzeigen und Bedarfsansagen für Blinde (dynamische Fahrgastinformation/DFI). Nach Rücksprache mit dem AN kann die Installation auch komplett in Bauphase 3 bei Baufreiheit erfolgen.

Bauphase 3:

In Betrieb nehmen des neuen stadtauswärtigen Bahnsteiges mit DFI und Fahrgastinformation, nachfolgend Herstellung des barrierefreien Bahnsteigs **stadteinwärts** mit neuer Fahrgastinformationsanzeigen und Bedarfsansagen für Blinde (dynamische Fahrgastinformation/DFI).

Abschließende Inbetriebnahme der komplett neu ausgebauten Haltestelle mit DFI und Fahrgastinformation.

Bauphase 4:

Bauarbeiten an öffentlichen Flächen / Straßenabschnitt Stresemannallee stadteinwärts).

Bauphase 5:

(Bauarbeiten an öffentlichen Flächen / Straßenabschnitt Liegnitzerstraße).

3.3 Wasserhaltung

Entfällt

3.4 Baubehelfe

Baubehelfe wie Arbeitsgerüste, Traggerüste etc. werden seitens des AG nicht zur Verfügung gestellt.

3.5 Stoffe, Bauteile

Es dürfen keine als gesundheitsschädlich eingestuft oder lösungsmittelhaltigen Materialien verarbeitet werden; lösungsmittelhaltige Materialien sind nur zulässig, wenn keine technischen Alternativen möglich sind und bei entsprechendem Nachweis die eingesetzten Materialien vor Beginn der Arbeiten vom AG genehmigt werden. Die Datenblätter der Materialien sind hierfür vorzulegen.

3.6 Abfälle

Der vom AN verursachte Schutt ist täglich zu beseitigen. Die bei den Arbeiten des AN anfallenden Abfälle, Bauschutt, Kabelreste, Verpackungsmaterialien und dergleichen sind vorschriftsmäßig zu beseitigen. Die Einheitspreise der Positionen beinhalten immer auch die Kosten für die Entsorgung des anfallenden Schuttmaterials (Transport und Kippgebühr). Hierbei sind zu berücksichtigen:

- Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz KrW-/AbfG
- Transportgenehmigungsverordnung TgV
- Gewerbeabfallverordnung GewAbfV
- Altholzverordnung AltholzV- Abfallverzeichnis
- Verordnung AVV- Vorgaben der LAGA
- Deponieverordnung DepV
- Merkblatt "Entsorgung von Bauabfällen" der Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen, Kassel, Stand: 15.05.2009
- Die Entsorgung hat außerdem entsprechend den Satzungen/Richtlinien der zuständigen Verwaltung (Stadt/Kreis) zu erfolgen.

3.7 Winterbau

Gemäß der angedachten Bauzeit von Januar 2025 bis November 2025 können Teilleistungen der Baustelle in die Winterphase fallen, je nach Baufortschritt. Sollte dies der Fall sein muss auf entsprechende Verlege Temperaturen etc. geachtet werden.

3.8 Beweissicherung

Entfällt

3.9 Sicherungsmaßnahmen

Grundsätzlich wird die Baustelle durch ein übergeordnetes Tiefbauunternehmen für die gesamte Bauzeit gesichert. Der AN ist jedoch von seiner Sicherungsverpflichtung nicht ausgenommen. Er hat den Bereich seiner Arbeiten ordnungsgemäß zu sichern.

Dies kann auch Arbeiten einer Sicherungsfirma mit Sicherungsaufsicht und Sicherungsposten beinhalten. Die terminliche Abstimmung mit der Sicherungsfirma obliegt dem AN. Die Sicherungsaufsicht umfasst den Einsatz der Sicherungsposten und die Beaufsichtigung der Sicherungsmaßnahmen zur Abwendung von Gefahren aus dem Bahnbetrieb. Für die Umbaumaßnahme ist gemäß den Vorschriften der VGF eine Sicherungseinweisung durch den Bahnbetreiber erforderlich. Diese ist von der Sicherungsaufsichtskraft und vom Bauleiter des Auftragnehmers zu unterzeichnen und zwingend einzuhalten. Der Bauleiter des Auftragnehmers hat seine Mitarbeiter auf der Baustelle entsprechend einzuweisen. Gemäß DGUV Vorschrift 77 ist vom Auftragnehmer ein für die Sicherheit im Gleisbereich verantwortlicher Bauleiter zu bestimmen. Die entstehenden Kosten sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Darüber hinaus muss er den ordnungsgemäßen Zustand der Absperrung und Beleuchtung gewährleisten und evtl. Mängel umgehend beseitigen. Die Fußgängerführung und die Aufrechterhaltung der Zu- und Ausfahrtmöglichkeiten für Anwohner, Anlieger und Rettungsfahrzeuge innerhalb des Baufeldes bleibt von den Festlegungen der Verkehrsführungen des MIV /IV / ÖPNV unberührt und muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet und aufrechterhalten werden.

Der Auftragnehmer hat seine Betriebsangehörigen vor Aufnahme der Arbeit über alle den Verkehr betreffenden Vorschriften, soweit sie in Verbindung mit der Baustelle zu beachten sind, ausreichend zu unterrichten und in regelmäßigen Abständen diesen Unterricht zu wiederholen und nach Bedarf zu aktualisieren.

Die Baustellenbereiche für das Gewerk DFI wie offene Kabelzugschächte und Verteiler sind durch den AN zu sichern. Unter Spannung stehende Geräte sind während der Bauphase zu verschließen.

Der AN ist außerdem gehalten, die angemessene Ordnung und Sauberkeit der Baumaßnahme sicherzustellen. Darüber hinaus sind Materiallagerungen vor Missbrauch Dritter zu sichern.

3.10 Prüfungen und Nachweise

Entfällt

3.11 Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes

Keine

4. Ausführungsunterlagen

4.1 Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

Der AN erhält die als Grundlage für die Ausführung erforderlichen Planunterlagen des AG in digitaler Form (Dateiformat .pdf). Papierunterlagen werden vom AG nicht zur Verfügung gestellt. Der AN ist gehalten, sich auf eigene Kosten entweder durch Inanspruchnahme eines Plot-Services oder durch einen Direktdruck die großformatigen Pläne auszudrucken. Der Auftragnehmer hat sich vor Angebotsabgabe über die örtlichen Gegebenheiten (Baufeld, Zufahrtsmöglichkeiten, etc.) zu informieren. Die der Ausschreibung beiliegenden Pläne sind nur zur Angebotserstellung und zur Angebotsbearbeitung freigegeben und gültig; bis zur Ausführung können sich noch geringfügige Änderungen ergeben.

Pläne zur Ausschreibung

Siehe Planverzeichnis

Alle Planunterlagen werden in digitaler Form zur Verfügung gestellt. Die Planvervielfältigung in Papier ist Sache des AN und ist in die Baustelleneinrichtungskosten mit einzurechnen.

4.2 Vom AN zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

Bei der Erstellung der Planung- und Dokumentationsunterlagen hat der AN die Richtlinien des AG zu beachten und einzuhalten. Die CAD-Richtlinie der VGF, Stand: 10/2010 liegt der Angebotsaufforderung bei und ist Bestandteil der Beauftragung. Der Aufwand zur Umsetzung ist bei der Kalkulation zu berücksichtigen. Die zu erstellenden Unterlagen durch den AN beinhalten:

- Kabelpläne
- Kabelverlegungspläne
- Verdrahtungspläne
- Dokumentationsaufnahmen
- Lieferscheine eingebauter Materialien
- Übernahmescheine (Entsorgungsnachweise) mit Listenführung im Nachweisbuch (Ort der Entnahme, Menge, Zuweisung zur LV-Position)
- Eignungsnachweise
- Protokolle Eigenüberwachung, Qualitätssicherung, VDE-Messprotokolle
- Nachweise von Materialeigenschaften, geforderte Prüfzeugnisse, Hersteller- und Bedienungsangaben, Wartungs- und Inspektionsvorgaben
- Fotodokumentation (insbesondere vom Plan abweichender Ausführung)

4.3 Rangfolge

Bei der Angabe von Plannummern in den Positionstexten werden die Plannummern ohne Status und Planindex genannt. Die in diesem Anlagenverzeichnis verwendeten textlichen Planbezeichnungen dienen der Beschreibung des Planinhaltes, sie stimmen nicht immer genau mit den auf den Zeichnungen angegebenen Zeichnungstiteln überein.

Bei Widersprüchen zwischen einzelnen Zeichnungen gelten die Zeichnungen mit dem höheren Maßstab vorrangig. Bei Widersprüchen zwischen Zeichnung und Statik gelten die Statiken vorrangig.

5 Zusätzliche allgemein technische Vertragsbedingungen

5.1 Auflistung der anzuwendenden „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen“

Es gelten die zum Zeitpunkt der Beauftragung anerkannten Regeln der Technik und die Zusätzlichen Technischen Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung.

5.2 Sonstige anzuwendende technische Regelwerke

Es gelten die zum Zeitpunkt der Beauftragung anerkannten Regeln der Technik, sowie die in den ZTV angegebene Merkblätter, Hinweise der Fachverbände etc. Zusätzlich sind folgende Unterlage des AG zu berücksichtigen:

- CAD-Richtlinie der VGF, aktueller Stand
- AVA-Richtlinie der VGF, aktueller Stand

6 Abrechnung und Rechnungsstellung

Die Rechnungen sind im Original an folgende Adresse zu senden:

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)
Rechnungswesen Abt. NK12
Kurt-Schumacher-Straße 8
60311 Frankfurt am Main

alternativ (bevorzugt) per E-Mail:

rechnungswesen@vgf-ffm.de

7 Anlagen

- 01_Merkblatt Entsorgung von Bauabfällen
- 02_Statiken/Typenstatiken
- Pläne

STRM_8410_0----_5_LTP_001lp_-0100_Leerohrtrassenplan-neu
STRM_8410_0----_5_LTP_002lp_-0100_Gesamttrassenplan